

Oskar Weggel

Die Sowjetunion ist tot, es lebe die GUS

Beijings geschäftsmäßige Politik gegenüber den neuen Realitäten

Gliederung:

- 1 Sic transit gloria mundi: Katastrophenbefund aus chinesischer Sicht
- 2 Konsequenzen aus dem Zerfall der UdSSR
 - 2.1 Diplomatische Konsequenzen
 - 2.1.1 Rasche Aufnahme offizieller Beziehungen mit den GUS-Staaten
 - 2.1.2 Militärische Kontakte
 - 2.1.3 Geschäftsmäßigkeit
 - 2.1.3.1 Grenzverhandlungen
 - 2.1.3.2 Die Politik der Sowjetunion gegenüber China soll weitergehen
 - 2.1.3.2.1 Weitergeltung der Vereinbarungen des 18-Punkte-Kommuniqués vom Mai 1991
 - 2.1.3.2.2 Weitergeltung der Fernostpolitik Gorbatschows
 - 2.2 Militärische und sozialstrategische Konsequenzen
- 3 "Business as usual"

1 Sic transit gloria mundi: Katastrophenbefund aus chinesischer Sicht

Der Zusammenbruch der Sowjetunion wurde von der Nachrichtenagentur Xinhua¹ in düsteren Farben nachempfunden. Nach 69 Jahren sei ein Staat, der von seiner Landmasse her immer-

hin ein Sechstel der Welt-Landfläche bedecke, spurlos verschwunden. Erhebliche Schuld komme dabei Gorbatschow zu. Wörtlich: "Drastische Änderungen haben sich in der Sowjetunion seit dem Machtantritt Gorbatschows, dem letzten Führer der KPdSU, ereignet. Im Frühjahr 1990 machte er der Führungsrolle der KPdSU, wie sie in der sowjetischen Verfassung vorgesehen ist, ein Ende und sorgte für die Einführung eines Vielparteiensystems und für die Zulassung des politischen Pluralismus; ferner veranlaßte er die Institutionalisierung eines politischen Systems, das durch Teilung der drei Gewalten gekennzeichnet ist... und löste politische, wirtschaftliche und ethnische Krisen aus... Auf politischem Gebiet kam es zu heftigen Machtkämpfen zwischen den drei größeren KPdSU-Fraktionen sowie zwischen verschiedenen politischen Kräften in der Gesellschaft; der Kongreß der Volksdeputierten wurde zu einer 'Arena permanenter Streitereien', die Regierung konnte wegen ständiger Angriffe nicht mehr ihre normalen Funktionen ausüben, und die Staatsmacht wurde praktisch lahmgelegt... Wirtschaftlich geriet das Land in eine schwere Rezession. Das Nationaleinkommen sank in der 1. Hälfte d.J. 1991 um 12% und in der 2. Hälfte um fast 17%... Was die Beziehungen zwischen den Nationalitäten anbelangt, so kam es zu einer Konfrontation zwischen einzelnen Republiken und der Zentralregierung, darüber hinaus aber auch zu Konflikten zwischen den einzelnen Republiken und ihren jeweiligen Minderheiten... (Angesichts all dieser Schwierigkeiten) kam es zu immer heftigeren Protesten und schließ-

lich, vom 19. bis 21. August, zur Bildung eines "Staatlichen Notstandskomitees", das sich aus acht Mitgliedern der Führungshierarchie zusammensetzte und das versuchte, dem Präsidenten Gorbatschow die Macht zu entreißen. Der Versuch scheiterte jedoch, und die politische Situation wurde durch noch heftigere Angriffe antikommunistischer Kräfte, durch Machtergreifungsversuche und durch nationalen Separatismus zusätzlich verschärft.

Zuerst wurde die Machtausübung durch die KPdSU, die immerhin führende Kraft über 70 Jahre lang gewesen war, suspendiert. Am 23. August unterzeichnete der Präsident der Russischen Föderation, Jelzin, ein Dekret, demzufolge alle Operationen der Russischen Kommunistischen Partei verboten seien. Am 24. August trat Präsident Gorbatschow von seinem Posten als Generalsekretär der KPdSU zurück und betonte, daß auch das ZK sich schon bald auflösen und daß die Kommunistischen Parteien und die lokalen Parteiorganisationen in den Republiken über ihr eigenes Schicksal entscheiden sollten. Die KPdSU-Organisationen in den Staatsorganen, in den Streitkräften und in Unternehmen wurden ausgeschaltet, und KPdSU-Gebäude und -Eigentum konfisziert... Auch in den Republiken stellten einige kommunistische Parteien ihre Tätigkeit ein, einige erklärten ihre Selbstauflösung und andere erklärten ihren Rückzug aus der KPdSU und die Gründung neuer Parteien. Damit hatte die KPdSU praktisch zu existieren aufgehört. [Wie sich aus diesen Ausführungen entnehmen läßt, hat Gorbatschow nach chinesischer Auffassung ein gehöriges Maß Schuld am Verfall der Sowjetunion, d.A.]²

Zweitens veränderten sich auch Staatsorgane der UdSSR, bis sie zuletzt völlig ausgeschaltet waren. Der Einfluß des russischen Präsidenten Jelzin in der Zentralregierung der Union nahm nach dem 'Schock vom August' rasch zu. Im Einvernehmen zwischen Jelzin und Gorbatschow wurden die Ministerien für Verteidigung, Sicherheit, Inneres, Äußeres und Finanzen umorganisiert und ihre Hauptfunktionäre ausgetauscht... Anfang September wurde der Kongreß der Deputierten, das höchste Organ der Staatsmacht, das gerade erst im Mai 1989 gewählt worden war, einfach ab-

geschafft. Das ursprüngliche Gesetzgebungsorgan, nämlich der Oberste Sowjet, wurde in einen Zwei-Kammer-Kongreß umgewandelt und mit Senatoren besetzt, die von den verschiedenen Unionsrepubliken entsandt wurden... [Es folgen weitere Einzelheiten über den organisatorischen Umbau, d.A.] Im Anschluß an die Auflösung der UdSSR wurde die zentrale politische Macht der Union schließlich vollkommen abgeschafft, womit auch die Abdankung Gorbatschows als Präsident der Union am 25. Dezember 1991 fällig wurde.

Drittens löste sich die alte 'UdSSR' komplett auf. Am 17. März 1991 fand in der Sowjetunion eine Volksabstimmung statt, bei der über das Schicksal der einzelnen Unionsrepubliken entschieden werden sollte. Mehr als 76% der Wähler sprachen sich für den Erhalt der UdSSR aus, doch wurden anschließend in den neuen Unionsvertrag mehrere Klauseln aufgenommen, in denen die Wörter 'sozialistisch' und 'sowjetisch' nicht mehr vorkamen... Am 6. September billigte der neu entstandene Staatsrat der UdSSR offiziell die Unabhängigkeit der drei Baltenrepubliken... Am 1. Dezember 1991 erklärte die Ukraine, die zweitwichtigste Republik der Sowjetunion, ihre vollständige Unabhängigkeit, nachdem dort eine Volksabstimmung stattgefunden hatte. Dies war ein schwerer Schlag für die geplante Unterzeichnung des neuen Unionsvertrags. Am 8. Dezember schlossen die Führer Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands ein gemeinsames Abkommen über die Errichtung eines 'Bundes unabhängiger Staaten'. In dem Abkommen wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die UdSSR als Subjekt des internationalen Rechts und als geopolitische Realität aufgehört habe zu existieren... Damit wurde die Auflösung der Sowjetunion unvermeidbar... Am 21. Dezember hielten die Führer von 11 Republiken - Rußland, Ukraine, Weißrußland, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenien, Armenien, Aserbaidschan und Moldawien - in Alma Ata eine Sitzung ab, bei der sie eine Vereinbarung über die Errichtung einer 'Gemeinschaft Unabhängiger Staaten' (GUS) unterzeichneten. Formal habe die UdSSR zu bestehen aufgehört, hieß es in der Vereinbarung. Der frühere Sitz der Sowjetunion im UNO-Sicherheitsrat solle von Rußland übernommen werden... Auf

diese Weise wurden alle ursprünglichen 15 Republiken der Sowjetunion unabhängige Staaten. Georgien und die drei Baltischen Republiken, die sich bereits früher von der Sowjetunion abgespalten haben, traten der GUS nicht bei... Die Republiken der früheren Sowjetunion haben lange zusammen gelebt und enge Beziehungen zueinander unterhalten. Nun, da sie sich voneinander getrennt haben und ihren Weg allein gehen, sind sie mit einer Fülle von Problemen konfrontiert: Wie sollen beispielsweise die früheren Streitkräfte der UdSSR behandelt werden? Wie läßt sich die Kontrolle über die Atomwaffen garantieren? Wie sollen Eigentums- und Territorialstreitigkeiten gelöst werden? Was soll mit den rd. 70 Millionen Menschen geschehen, die nicht in Gebieten ihrer nationalen Herkunft leben? Wie können ethnische Konflikte unter Kontrolle gehalten werden? Wie soll die GUS als ganze auftreten? usw. usw. All diese Probleme sind schon schwer genug zu lösen. Hinzu kommen aber noch zusätzliche Wirtschaftskrisen... und demnächst folgen auch noch 'Schocktherapien'. So sollen beispielsweise im Januar 1992 die Preise in Rußland freigegeben und die Privatisierung sowie der Übergang zur Marktwirtschaft vollzogen werden... Turbulenzen, wohin man blickt!

Kein Wunder, daß angesichts all dieser Zustände die chinesische Führung immer wieder die rhetorische Frage stellt, ob nicht spätestens jetzt jedermann in China die Art und Weise gut heißen müsse, wie die eigene Regierung im Juni 1989 mit den zügellosen Studenten im eigenen Land umgegangen sei.

2 Konsequenzen aus dem Zerfall der UdSSR

2.1 Diplomatische Konsequenzen

2.1.1 Rasche Aufnahme offizieller Beziehungen mit den GUS-Staaten

Der Kurs, den die Beijinger Führung gegenüber der GUS steuern will, ist bereits im Dezember 1991 abgesteckt worden.

Beijing wolle, hieß es bei einer Pressekonferenz am 12. Dezember in der chinesischen Hauptstadt,³ die "gut nach-

barlichen Beziehungen", wie sie in den zwei sino-sowjetischen gemeinsamen Kommuniqués von 1989 und 1991, zuletzt bei dem Besuch Jiang Zemin in Moskau, festgelegt wurden,⁴ fortführen und sich außerdem auf keinen Fall in die inneren Angelegenheiten der neuen Nachbarstaaten einmischen.

Bereits am 7. September 1991 hatte China die drei Baltischen Staaten diplomatisch anerkannt.⁵

Am 22. Dezember hatten China und die Republik Kasachstan in Beijing ein Handelsabkommen unterzeichnet.⁶

Am 25. Dezember hatte ein Sprecher des Außenministeriums darauf hingewiesen, daß China die freundschaftlichen Beziehungen mit allen einstigen Sowjetrepubliken auf der Basis der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz entwickeln wolle. China wolle auch alle mit der Sowjetunion unterzeichneten Abkommen und Verträge analog einhalten und hoffe, daß die neuen Republiken sich ebenfalls an diese Abmachungen hielten.

Am 25. Dezember reiste eine chinesische Regierungsdelegation unter der Leitung des Ministers für Außenwirtschaft und Außenhandel, Li Lanqing, in die Ukraine, um dort über die bilateralen Beziehungen zu verhandeln. Beide Seiten einigten sich auf ein Abkommen über Wirtschaftskooperation und Handel und tauschten Noten über die Gründung von Handelsvertretungen in Beijing und Kiew aus.

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang war die Taiwan-Frage. Taipei hatte wieder einmal viel rascher gehandelt als Beijing und versucht, bei der einen oder anderen der neuen Republiken einen diplomatischen Coup zu landen, u.a. auch mit der Ukraine diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Bereits am 5. 12. hatte sich ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums veranlaßt gesehen, nachdrücklich die Hoffnung auszusprechen, daß die Ukraine ihre Beziehungen zu Taiwan "in Übereinstimmung mit dem Geist der beiden gemeinsamen chinesisch-sowjetischen Kommuniqués handhaben" werde. Die Ukraine dürfe auf keinen Fall dem Drängen Taiwans auf diplomatische Beziehungen nachgeben. Es gebe nur *ein* China in der

Welt, d.h. die Volksrepublik, und Taiwan sei nur unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums.⁷ Die Tatsache, daß Beijing eine solche Erklärung für nötig hielt, zeigt, wie weit die Besorgnis im chinesischen Außenministerium bereits gediehen war.

Die hastige Abreise der chinesischen Delegation in die Ukraine hatte u.a. den Zweck, solchen Versuchen Taiwans das Wasser abzugraben. In der Tat ließ sich die Ukraine dann zu der üblichen Beijinger Taiwan-Klausel überreden. Im gemeinsamen Kommuniqué hieß es, daß Taiwan ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums sei, und daß die Ukraine als Mitglied der Weltorganisation schon bei der UNO-Vollversammlung von 1971 für die Annahme des Beschlusses Nr.2758 über die Wiederherstellung des rechtmäßigen Sitzes Chinas in der UNO gestimmt hat. China nehme mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die ukrainischen Führer ihren internationalen Pflichten nachzukommen bereit seien.⁸

Im Anschluß an Kiew reiste die Delegation nach Minsk, also der Hauptstadt von Weißrußland, weiter.⁹ Erst dann ging es nach Moskau. Sie war also zuerst nicht nach Moskau, sondern nach Kiew und nach Minsk gereist - eine bemerkenswerte Reihenfolge!

Zwei Tage nach dem Rücktritt Gorbatschows als Präsident der Sowjetunion, nämlich am 27.Dezember, erkannte China die Russische Föderation, also die größte Sowjetrepublik, offiziell an. Der chinesische Botschafter bei der früheren sowjetischen Regierung, Wang Jinqing, solle künftig als Botschafter bei der Russischen Föderation tätig sein.

Am gleichen Tag auch richtete der Außenminister an seine Amtskollegen von Weißrußland, Kasachstan, Ukraine, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien, Turkmenien, Georgien, Armenien, Aserbaidshan und Moldavien Telegramme, in denen die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit ausgesprochen wurde. Möglichst bald sollten Verhandlungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen aufgenommen werden.¹⁰

Am 29.Dezember unterzeichneten China und Rußland ein Memorandum über ihre künftigen Beziehungen, und

zwar gleich anläßlich ihres ersten diplomatischen Kontakts. Die Prinzipien, welche in den sino-sowjetischen gemeinsamen Kommuniqués von 1989 und 1991 vereinbart wurden, sollten künftig auch für das Verhältnis zwischen China und Rußland gelten, hieß es in dem Kommuniqué. Beide Seiten wollten sich auch an die bisher geschlossenen Verträge und Abkommen halten. Die Russische Föderation erklärte sich bereit, die Chinapolitik fortzusetzen, die Moskau seit 1985 betrieben hat.¹¹ Eine Taiwan-Klausel allerdings wurde in das Kommuniqué nicht aufgenommen! Sollte sich Rußland gewiegert haben?

Schon jetzt dürfte die chinesische Führung jene Seitenhiebe bedauert haben, die ihr Propagandaapparat in den vorangegangenen Jahren gegen Jelzin ausgeteilt hatte.¹²

Zwischen dem 2. und dem 6.Januar 1992 unterzeichnete China gesonderte Kommuniqués mit den Republiken von Usbekistan, Kasachstan, der Ukraine, Tadschikistan, Kirgisien und Turkmenistan, in denen jeweils die Errichtung diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene, die Einhaltung der Fünf Koexistenzprinzipien und die Beijinger Taiwan-Klausel vereinbart wurden.¹³

Als erster Regierungschef der GUS besuchte der weißrussische Regierungschef Krawtschenko die VR China und schloß mit ihr am 20.Januar ein Handelsabkommen. Gleichzeitig wurden auch die diplomatischen Beziehungen eröffnet.¹⁴ Das entsprechende Abkommen besteht aus sechs Artikeln: (1) Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, (2) diplomatische und Konsularbeziehungen, (3) Taiwan-Klausel, (4) Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeitsbasis, (5) diplomatische Beziehungen vom 20.Januar an, (6) Unterstützung bei der Errichtung diplomatischer Beziehungen.¹⁵

2.1.2 Militärische Kontakte

Nicht nur die Politiker, sondern auch die höchsten Militärs gaben sich ein Stelldichein. Am 30.Dezember beispielsweise kam Marschall Kulikow, der Erste Stellvertretende Verteidigungsminister der früheren Sowjetunion, nach Beijing und führte dort Besprechungen mit dem Chef des VBA-Generalstabs, Chi Haotian. Es

wurde, wie es in einer Verlautbarung hieß,¹⁶ über "Fragen von beiderseitigem Interesse gesprochen". Kulikow, der früher Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts gewesen war, besuchte anschließend auch noch Dalian und Shanghai. Man kann sich vorstellen, daß hier vor allem Vereinbarungen über den Umgang der Streitkräfte miteinander, über Sicherheitsabstände und ähnliches getroffen wurden. Sieht man einmal von Xinjiang ab, so gehört das gesamte Gebiet, mit dem die Volksrepublik gemeinsame Grenzen aufweist, zur Russischen Föderation. Weitgehend kann es hier also beim Status quo bleiben!

2.1.3 Geschäftsmäßigkeit

2.1.3.1 Grenzverhandlungen

Mitten in der Umbruchssituation hielten China und die Sowjetunion am 11. und 12.Dezember 1991 geschäftsmäßig und in aller Seelenruhe die fünfte Runde ihrer Verhandlungen über ein Abkommen zu den Prinzipien für einen Rückzug der Streitkräfte und für die Verstärkung des gegenseitigen Vertrauens im Militärbereich ab. Wie bisher sprachen sie auch jetzt von einer "freundlichen und sachbezogenen Atmosphäre".¹⁷

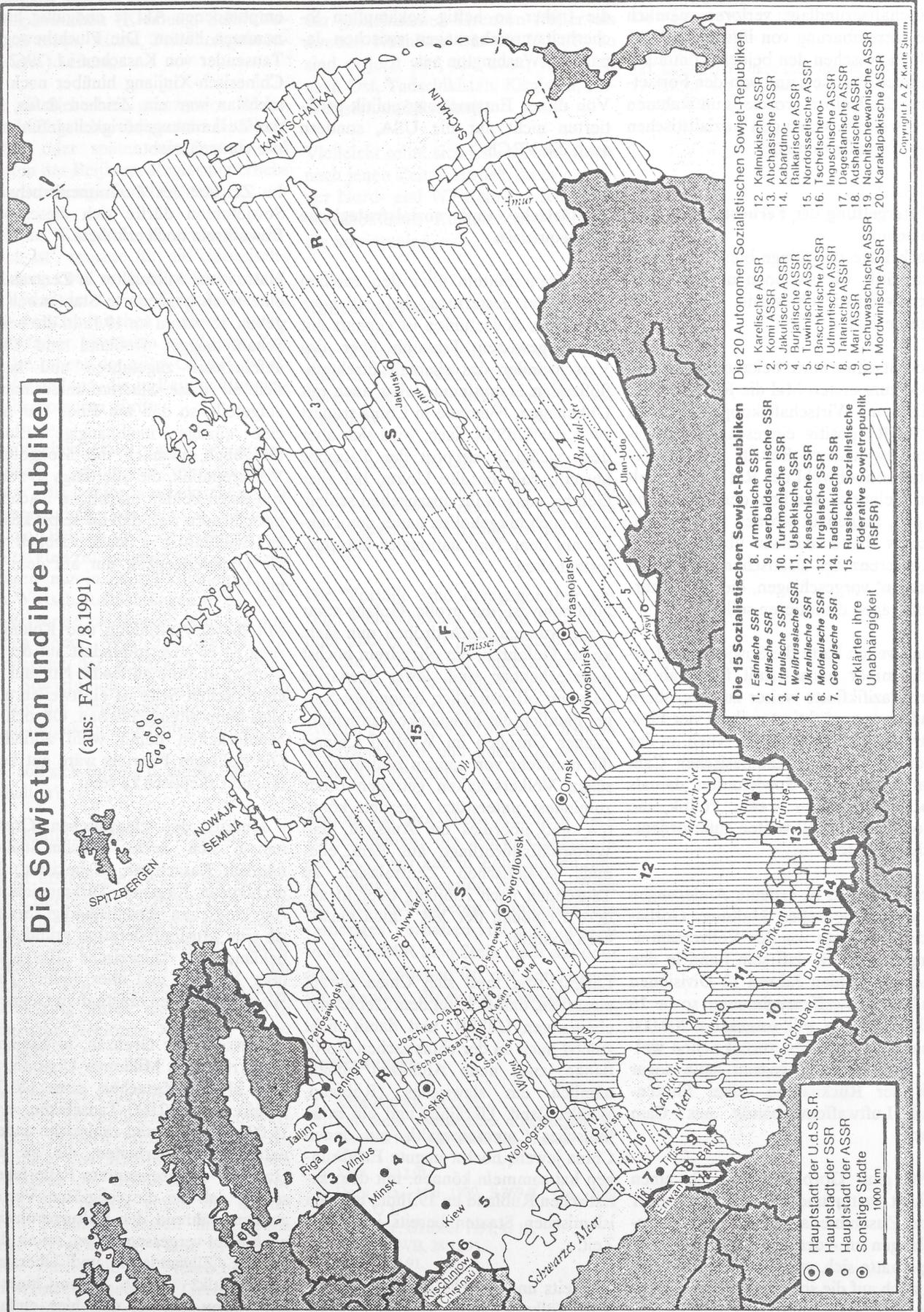
2.1.3.2 Die Politik der Sowjetunion gegenüber China soll weitergehen

2.1.3.2.1 Weitergeltung der Vereinbarungen des 18-Punkte-Kommuniqués vom Mai 1991

Noch im Mai 1991 hatte Parteichef Jiang Zemin die Sowjetunion besucht und dabei ein 18-Punkte-Kommuniqué ausgehandelt, dessen Grundbestimmungen auch für das Verhältnis Chinas zur Republik Rußland sowie zu den anderen Republiken maßgebend bleiben sollen. Die Rede war dort von "Freundschaft, guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit", von verstärkten Direktkontakten zwischen chinesischen Provinzen und sowjetischen Teilrepubliken, von Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem, sportlichem und touristischem Gebiet, von der Fortsetzung der Grenzverhandlungen, von der Ein-China-Option (Taiwan!), von Maßnahmen zur Vernichtung der ABC-Waffen u.dgl. mehr.¹⁸ Über sol-

Die Sowjetunion und ihre Republiken

(aus: FAZ, 27.8.1991)



Die 20 Autonomen Sozialistischen Sowjet-Republiken

1. Karelsche ASSR
2. Komi ASSR
3. Jakutische ASSR
4. Burjatische ASSR
5. Tuwinische ASSR
6. Btschirische ASSR
7. Udmurtische ASSR
8. Tatarische ASSR
9. Mari ASSR
10. Tschuwaschische ASSR
11. Mordwinische ASSR
12. Kaimukische ASSR
13. Aichaisische ASSR
14. Kabardin-Balkarische ASSR
15. Nordossetische ASSR
16. Tschetscheno-Inguschische ASSR
17. Dagestanische ASSR
18. Adschanische ASSR
19. Nachitschewanische ASSR
20. Karakalpakische ASSR

Die 15 Sozialistischen Sowjet-Republiken

1. Estnische SSR
2. Letnische SSR
3. Litauische SSR
4. Weißrussische SSR
5. Ukrainische SSR
6. Moldauische SSR
7. Georgische SSR
8. Armenische SSR
9. Aserbaidschanische SSR
10. Turkmenische SSR
11. Usbekische SSR
12. Kasachische SSR
13. Kirgisische SSR
14. Tadschikische SSR
15. Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR)

- Hauptstadt der U.d.S.S.R.
- Hauptstadt der SSR
- Hauptstadt der ASSR
- Sonstige Städte

1000 km

Copyright A.Z. Karte-Sturm

che Vereinbarungen dürfte es auch jetzt keinen Streit geben. Lediglich zwei Klauseln haben inzwischen ihre Geschäftsgrundlage verloren, nämlich die Vereinbarung von intensiven Kontakten zwischen den beiden kommunistischen Parteien und von der Fortsetzung des Reformprozesses im Rahmen der weiterbestehenden sozialistischen Gesellschaftsordnung.

2.1.3.2.2

Weitergeltung der Fernostpolitik Gorbatschows

Nach Lage der Dinge bleibt die Fernostpolitik, wie sie noch unter Gorbatschow entwickelt wurde, auch in Zukunft erhalten.

Gorbatschow hatte bekanntlich im Juli 1986 zum ersten Mal die Rolle des Pazifischen Wirtschaftskooperationsrats (PWKR) positiv eingeschätzt und einen sowjetischen Beitritt nicht ausgeschlossen, obwohl der Rat von zwei alten Feinden, nämlich den USA und Japan, aufgebaut worden war. Gorbatschow hatte damals überdies eine "Konferenz der asiatischen pazifischen Staaten" vorgeschlagen, die die Sicherheitsfragen diskutieren sollte.

Einstweilen hatte die Sowjetunion freilich immer noch damit fortgefahren, ihre Pazifikflotte weiter zu vergrößern und sie zur mächtigsten ihrer vier Flottenverbände auszubauen. Auch an der Flottenbasis im vietnamesischen Cam Ranh hatte die Sowjetunion damals noch festgehalten - eine Politik, die Moskau finanziell weiter außerordentlich belastete.

Erst 1988 gab es erneute Änderungen in der sowjetischen Haltung. Gorbatschow erklärte vor der Vollversammlung der UNO, daß sein Land in den nächsten beiden Jahren 12 Divisionen und 11 Luftwaffenregimenter sowie 16 Schlachtschiffe mit insgesamt 200.000 Soldaten aus Asien zurückziehen wolle. 1989 begann Moskau dann sogar mit der Rücknahme seiner Flotten- und Luftwaffenverbände aus Cam Ranh.

1990 ging Gorbatschow noch einen Schritt weiter und bot den USA sogar eine Zusammenarbeit in Abrüstungsbelangen an - der Umbruch in Osteuropa hatte sich, wie dieser Schritt zeigte, auch auf die sowjetische Militärdoktrin ausgewirkt und dieser eine Defensivwendung gegeben. In diesem Zu-

sammenhang auch nahm Moskau mit Südkorea diplomatische Beziehungen auf und sprach sich anerkennend für die früher so heftig bekämpften Sicherheitsvereinbarungen zwischen Japan und Washington aus.

Von dieser Entspannungspolitik profitierten nicht nur die USA, sondern auch die VRCh.

2.2

Militärische und sozialstrategische Konsequenzen

Das Kopfschütteln über den raschen Zerfall der gestern anscheinend noch mächtigen Sowjetunion ist gepaart mit einem gewissen Triumph über das Verschwinden des ehemals furchtflößenden Hauptfeinds, aber auch mit Unbehagen. Niemand in China trauert zwar der UdSSR nach, wird sich aber doch vielleicht ex post der Tatsache bewußt, daß die alte Union, bei aller Gefahr, die von ihr auszugehen schien, doch auch mitgeholfen hatte, den Dekkel auf dem Topf nationaler Unruhen festzuhalten.

Nunmehr ist die große Gefahr zwar verschwunden, doch drohen nun viele kleine Gefahren, die obendrein höchst unberechenbar sind. Zwei Szenarien bereiten offensichtlich besondere Sorge, nämlich die Möglichkeit antichinesischer Unruhen im Westteil Chinas, die nunmehr von ganzen zentralasiatischen Völkerschaften getragen (oder zumindest unterstützt) werden könnten, und überdies die Aussicht, daß Wirtschaftsflüchtlinge aus dem ehemals sowjetischen Zentralasien zu Tausenden nach Xinjiang oder in andere Regionen der VR China einsickern könnten.

Längerfristig muß sich China darauf einstellen, daß sich auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR, und damit nicht zuletzt auch an der chinesischen Nordflanke, zwei neue Allianzen bilden, nämlich ein slawisches (Rußland, Weißrußland, Ukraine) und ein muslimisches Commonwealth, mit denen China jeweils höchst ungute Erfahrungen hat sammeln können: mit dem zaristischen Rußland im 19. Jhd., mit den islamischen Staaten bereits in älterer Zeit.

Diesseits und jenseits der Grenzen leben Völkerschaften gleicher Volks- und Religionszugehörigkeit, die durch

die künstlichen Grenzziehungen des 19. Jhdts. aufgespalten wurden, ohne daß sie diesen als höchst gewaltsam empfundenen Akt je endgültig hingenommen hätten. Die Fluchtbewegung Tausender von Kasachen i.J. 1962 von Chinesisch-Xinjiang hinüber nach Kasachstan war ein Zeichen dafür, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl nach wie vor weiterlebte.

Im Zeichen des Zusammenbruchs der Sowjetunion dürfte sich dieses Wir-Bewußtsein noch erhöhen.

Hatte es im Mittelalter in Zentralasien eine reich gegliederte Staatenwelt gegeben, so waren im 19. Jhd. die beiden Schaufelbagger Rußland und China aufeinander zugefahren und hatten sich all diese Staaten untereinander aufgeteilt, so daß am Ende nur noch eine einzige "unabhängige" Einheit übrigblieb, nämlich die Mongolische Volksrepublik, die allerdings so robust von ihren beiden mächtigen Nachbarn umschlossen war, daß ihr selbst keinerlei Eigeninitiative mehr verblieb und die Unabhängigkeit nur auf dem Papier stand.

Mit dieser Aufteilung und Kolonisierung ist es jetzt zumindest auf der sowjetischen Seite zu Ende. Nur auf der chinesischen Seite ist einstweilen noch alles beim alten geblieben. Ob sich die Minderheiten damit wohl abfinden? Die Beijinger Führung wäre gut beraten, hier skeptisch zu sein:

- Jenseits der chinesischen Grenze haben sich sechs Muslim-Staaten, nämlich Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien, Turkmenien und Aserbaidschan verselbständigt. Sollten sie eine Muslimföderation gründen, so bekäme die chinesische Herrschaft über Xinjiang und über andere Teile Westchinas einen ernsthaften Gegner.

- Diesseits der Grenzen, in Xinjiang, leben rd. sechs Millionen Uiguren, rd. eine Million Kasachen, etwa 120.000 Kirgisen, rd. 30.000 Tadschiken, etwa 15.000 Usbeken und zahlreiche andere nationale Minderheiten, die zu den Han z.T. auf gespanntem Fuße leben, sei es, daß sie die religiösen Verfolgungen während der Kulturrevolution noch nicht vergessen haben, sei es, daß sie die "Zuwanderer- und Übersiedlungspolitik" durch Han-Chinesen mißbilligen, sei es, daß hier einfach schwer vereinbare Lebensformen auf-

einanderstoßen, die sich in unterschiedlich religiöser Ausrichtung oder aber ganz schlicht in unterschiedlichen Alltagsbräuchen (Kleidung, Schweinefleisch essen, Ritual, Friedhofsgebäude usw.) äußern.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit brechen solche Konflikte früher oder später wieder auf und dürften der Beijinger Regierung erhebliche Schwierigkeiten bereiten.

Daß das "Kaspische Meer wieder islamisch ist", mochte für die chinesische Führung zwar noch hinnehmbar sein, doch daß jetzt eine Destabilisierung der westchinesischen Gebiete wahrscheinlicher geworden ist als zur Zeit des Bestehens der alten UdSSR, ist eine Vorstellung, die in Beijing Unbehagen hervorrufen dürfte.

Eine zweite Gefahr besteht, wie gesagt, in einem Zustrom von "Wirtschaftsasiylanten", die bei ihren usbekischen oder tadschikischen Landsleuten Zuflucht suchen. Beijing muß befürchten, daß analog zum osteuropäischen Zug "nach Westen" nun in Zentralasien ein Treck von Wirtschaftsflüchtlingen in das besser versorgte chinesische Xinjiang einziehen könne. War 1962 die Völkerwanderung der Kasachen von China zur Sowjetunion hin gegangen, so könnte die Bewegung nun, von 1992 ab, in umgekehrter Richtung verlaufen.

Wie soll sich Beijing in dieser Situation verhalten?

Drei Mittel stehen zur Verfügung:

Da ist erstens die "Wacht am Grenzwall". Bereits im Oktober 1991 hatte China die VBA entlang der sino-sowjetischen Grenze in Xinjiang in Alarmbereitschaft versetzen lassen, um "Chaos" von Xinjiang abzuhalten. Gleichzeitig wurde der Tourismus in grenznahe Regionen Xinjiangs unterbunden.¹⁹

Die Beijinger Führung kann sich freilich nicht nur militärisch defensiv verhalten, sondern muß sich, zweitens, bemühen, den "Kampf um die Herzen und Hirne der Bevölkerung" und vor allem den Kampf gegen die islamischen Fundamentalisten im eigenen Land zu gewinnen. Ganz in diesem Sinne dürfte sie u.a. versuchen, die Einwohner diesseits der Grenze durch eine attraktive Versorgungspolitik zufriedenzustellen.

Drittens aber hält sie es für ratsam, mit den "neuen" Nachbarn gute Beziehungen anzustreben. Gab es entlang der gemeinsamen Grenzen früher als *direkten* Nachbarn nur die UdSSR, so sind es jetzt vier, und zwar, von West nach Ost, Tadschikistan, Kirgisien, Kasachistan und Rußland.

Vielleicht sehnt sich China eines Tages nach jenen Zeiten zurück, da es an seiner Nord- und Westflanke noch einen berechenbaren Einheitsstaat, nämlich die Sowjetunion, gab.

3 "Business as usual"

Der Zusammenbruch des alten Erzfeindes Sowjetunion hat in China mehr Sorgen und Unbehagen als Freude ausgelöst.

Hauptnachteil ist die Unberechenbarkeit der neuen Lage in Zentralasien, die Beijing mehr noch als früher zu Wachsamkeit - auch militärischer Art - zwingt.

Die Vorteile sind demgegenüber gering: Vielleicht kann Beijing in die eine oder andere jener Lücken einspringen, die die Sowjetunion hinterlassen hat, vor allem bei Waffenlieferungen. Man wird abwarten müssen, ob die VRCh zynisch genug ist, hier all ihre Chancen wahrzunehmen und auch Spannungsgebiete zu beliefern.

Beijing hat sich allem Anschein nach vorgenommen, die Entwicklungen in der GUS, vor alle in Zentralasien, ohne äußere Aufregung zu beobachten und kühl zu reagieren. Zumindest sein bisheriges Verhalten läßt sich, obwohl in der UdSSR kein Stein mehr auf dem anderen geblieben ist, mit der Formel umschreiben: "Business as usual".

Anmerkungen

- 1) XNA in SWB, 28.12.91.
- 2) Zur lange andauernden KPCh-Kritik an Gorbatschow vgl. auch C.a., Januar 1990, Ü 11.
- 3) XNA, 13.12.91.
- 4) Dazu C.a., Mai 1989, S.369 ff.; C.a., Juni 1991, Ü 1.
- 5) Dazu C.a., Oktober 1991, Ü 16.
- 6) XNA in SWB, 28.12.91.
- 7) XNA, 5.12.91.
- 8) XNA, 28.12.91.
- 9) XNA, 30.12.91.
- 10) XNA, 28.10.91.
- 11) XNA, 31.12.91.

- 12) Eine Analyse dazu bereits in SCMP, 16.6.91.
- 13) RMRB, 8.1.91; XNA, 6. und 8.1.92.
- 14) XNA, 21.1.92.
- 15) XNA in SWB, 22.1.92.
- 16) XNA, 31.12.91.
- 17) XNA, 3.12.91.
- 18) Im einzelnen dazu C.a., Juni 1991, Ü 1.
- 19) SCMP auf der Basis von Reiseberichten, 22.10.91.